

Zu den Machtkämpfen im Kreml

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **36 (1956-1957)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-160540>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ZU DEN MACHTKÄMPFEN IM KREML

Man schreibt uns:

Die Entgötterung des toten Stalin durch die Mitteilungen Mikojan, Chruschtschews und anderer Kreml-Nachfolger findet auch in jenen Berichten eine Bestätigung, die davon wissen, daß der rote Diktator an seinem Lebensabend von der nächsten Umgebung z. T. nicht mehr ganz ernstgenommen wurde, daß man ihn aber wohl bis zu seinem letzten Atemzug ernstlich fürchtete. Innert der letzten Monate vor seinem Tode war der grusinische Napoleon der bolschewistischen Oktoberrevolution Beeinflussungen zugänglicher als sonst. Diesen Umstand machten sich vor allem Beria und Malenkow zunutze.

Bis zur Verhaftung Berias im Juni 1953 hatten sich nach dem Kriegsende im Kreml im wesentlichen zwei Machtgruppen herausgebildet. Die Stalin-Gruppe stützte sich vor allem auf Beria, Malenkow, Kaganowitsch, Schatalin. Die Gruppe der Gegenspieler bestand aus: Chruschtschew, Bulganin, Pospelow, Saburow. Stalins Landsmann, der Wirtschaftsmanager Mikojan, pendelte lange Zeit zwischen den beiden Machtpolen hin und her. Suslow, in unterrichteten Parteikreisen als Einzelgänger und Idealist gewertet, schlug sich erst nach reichlichem Zögern auf die Seite Chruschtschews.

Dem äußerst geschickten Mikojan wird nachgesagt, daß er vor geraumer Zeit versucht habe, innerhalb der Hierarchie eine persönliche Gefolgschaft zu entwickeln. Im Gegensatz zu der von Chruschtschew auch künftighin geforderten Bevorzugung der Schwerindustrie vertrat Mikojan noch in der Ära Malenkows die Auffassung von der «Problemlosigkeit» in der UdSSR. Er erachtete die innere und äußere Stellung der Sowjetunion für soweit gefestigt, daß er vorschlug, der Bedarfsgüterindustrie ein erhöhtes Augenmerk zu widmen. Bereits vor drei Jahren sagten jedoch maßgebliche Parteileute eine Veröhnung dieser beiden persönlichen Standpunkte voraus.

Bis zur Liquidierung Berias galt bekanntlich eine Anzahl von Leningrader Parteifunktionären, die von Shdanow gefördert wurden, nach Shdanows plötzlichem Tod (August 1948) als rivalisierende Machtgruppe in den Führungskämpfen der KPdSU. Zu ihr zählte auch der 1949 verschwundene Chefplaner Wosnessenski, der gegenwärtig ebenfalls als unschuldig Opfer der Terrorjustiz Berias gilt. Diese ehemaligen Shdanow-Gefolgsleute wurden nach der Beseitigung Berias aus der «Troika» Malenkow-Beria-Chruschtschew voll rehabilitiert. Der gestürzte Polizeiminister hatte sie als «Spal-

ter» und «großrussische Chauvinisten» verhaften und verurteilen lassen.

Außerhalb dieser Konstellation befanden sich seit jeher die Außenpolitiker Molotow und Wyschinski, die immer als Erfüllungsgehilfen des jeweiligen Parteikurses galten und persönlich miteinander heftig verfeindet waren. Stalin nützte diese Rivalität der beiden geschickt aus.

Der Fall Viktor S. Abakumow

Der Aserbeidschaner Aba-Kum, russifiziert Abakumow, tauchte bekanntlich erstmals als Mitarbeiter Malenkows Ende der Dreißigerjahre in einer Schlüsselposition auf. Er wurde Beria zur Verwendung im NKWD zugeteilt und brachte es bis Kriegsende zum Generalobersten und Chef der Spionageabwehr- und Terrororganisation «Smersch». Sodann unterstand Abakumow als Chef der Vollzugsabteilung Beria unmittelbar; er war Berias Freund, aber auch sein Nebenbuhler. 1946 wurde er Minister für Staatssicherheit und führte im Auftrage Berias und Malenkows 1949 das «Leningrader Untersuchungsverfahren» gegen die Shdanow-Gruppe durch. Dann aber schlug sich Abakumow als Günstling der Stalin-Gruppe insgeheim auf die Seite der Machtgruppe um Chruschtschew - Bulganin. Von Abakumows oppositioneller Einstellung erfuhr Beria frühzeitig und isolierte ihn zuerst auf kaltem Wege. 1951 wurde Abakumow erstmalig verhaftet, bald darauf jedoch wieder freigelassen. Im Sommer 1952 wurde er plötzlich von Ignatiew als Ressortminister abgelöst. Einige Wochen vor seiner zweiten Verhaftung machte der alte NKWD-Mann den Versuch, ins Ausland zu fliehen. Ende 1954 erfolgte seine Hinrichtung. Da zu Abakumows Obliegenheiten mehrere Jahre lang die Schlußverhöre in der Ljubljanka zählten — sein Spezialgebiet war Deutschland —, treffen die Anklagepunkte wegen willkürlicher Einkerkierungen, erpreßter Geständnisse, gefälschter Beweisstücke, politischer Provokationen usw. voll und ganz zu. Er ging über Leichen, bis man über seine eigene schritt.

Abakumows blinde Ergebenheit gegenüber der Stalin-Gruppe, sein Abschwenken zur Opposition, die «reue» nichtakzeptierte Rückkehr belegen vor allem den Tatbestand, daß man es im Kreml nicht mit «starren» Rivalitäten, sondern mit Übergängen, persönlichen Stellungswechseln und überraschenden Wendungen zu tun hat.

Verweigerte Kompensationen an Tito

Marschall Titos Aufbauplanung nach 1945 stand, zufolge der Meinung hoher sowjetischer Parteifunktionäre, in keinem Verhält-

nis zu den wirtschaftlichen Erfordernissen Jugoslawiens. Stalin mißtraute Tito und wollte zuerst das System in Rumänien und Bulgarien festigen. Den unmittelbaren Anlaß zum Bruch zwischen Moskau und Belgrad bot die Tito-Broz auferlegte Verpflichtung, die griechischen Markos-Partisanen zu unterstützen. Unter Berufung auf diese Hilfeleistung forderte Tito erhöhte wirtschaftliche Kompensationen von den Sowjets; da er sie nicht erhielt, ließ er den Zusammenbruch der kommunistischen Revolte in Griechenland tatenlos geschehen. Titos Ausschluß aus der Kominform erfolgte erst, nachdem Jugoslawiens «nationales» Programm bereits angelaufen war.

In den Führungsstellen der KPdSU herrschte schon 1948 die Überzeugung, daß man Tito «wiederbekommen» werde. Jugoslawien sei kein «kapitalistisches» Land und in der westlichen Sphäre auf die Dauer nicht konkurrenzfähig. Die Absicht Moskaus, Tito-Jugoslawien etappenweise wieder dem Ostblock anzunähern, gewann mit dem Tode Stalins den entscheidenden Impuls. Man rechnet nach dem vorjährigen Ausgleich Moskau-Belgrad wohl mit einer gewissen, lebenslänglichen Reserve Marschall Titos in der neuen Zusammenarbeit. Doch hält man im Kreml ein Menschenleben für eine abzusehende Frist. Überdies kommt der «Neo-Titoismus» den weltpolitischen Zielsetzungen der Moskauer Machthaber entgegen.

Der Ärzteprozeß — ein Komplott Stalins und Berias

In der Bevölkerung und in den Parteikreisen der UdSSR wurde der Tod A. A. Shdanows, des mutmaßlichen Nachfolgers Stalins, als kein natürlicher Tod verzeichnet. Das ZK-Sekretariat der KPdSU sann auf eine wirksame Gegenpropaganda. Der Einfall, eine Ärzte-«Affäre» aufzuziehen, wie schon ähnlich im Falle Maxim Gorkis, stammte von Beria persönlich. Mit dem Entschluß, gerade jüdische Ärzte als Sündenböcke herauszustellen, wollte man antisemitischen Ressentiments ein «Ventil» schaffen. Stalin selbst trat für eine antizionistische Welle ein, die in der Folge auf die übrigen kommunistischen Parteien des Ostblocks übergriff. Vor Entfesselung dieses Feldzuges wurde sogar über die ausländischen ZK-Sekretariate die mutmaßliche Auswirkung des geplanten Ärzteprozesses außerhalb der Sowjetunion getestet. In der UdSSR befragte man zahlreiche Juden, ob sie nach Israel auswandern wollten. Diejenigen, die zustimmend antworteten, blieben zunächst unbehelligt; nach einigen Monaten aber wurden sie verhaftet und in vielen Fällen zu zehn Jahren Kerker verurteilt.

Am 13. Januar 1953 meldete die Moskauer «Prawda» die Verhaftung einer «Schädlingsgruppe» von neun Ärzten jüdischer Herkunft.

Die publizierte Anklageschrift behauptete, die «Mörder-Ärzte» hätten außer Shdanow schon 1945 Schtscherbakow, Politbüromitglied und Politchef der Roten Armee, durch bewußt falsche Behandlung umgebracht und das Leben fähigster Sowjetgeneräle bedroht. Freilich hegte Beria angeblich bereits beim Aushecken des grauenhaften Planes die Absicht, die Beschuldigungen gegen die verhafteten Ärzte nach einer gewissen Frist zu widerrufen. Die Entlastungen nahm dann jedoch Serow, Berias Nachfolger und Quartiermacher für den Londoner Besuch des jetzigen Kreml-Duumvirates, vor. Malenkov war an diesem Akt der Terrorjustiz persönlich unbeteiligt.

Der gegenwärtige Machtkampf

Aus den vielen westlichen Kombinationen um den Aufstieg eines einzelnen Diktators im Kreml schaltet am ehesten Malenkov aus. Als diesbezüglicher Hinweis kann seine rücksichtsvolle Entfernung von der Führungsspitze und eine Herzkrankheit dienen. Mikojan verfügt über keinerlei Apparat; als übernommener «Apparatschik» muß er trachten, Satellit im Zenith des wandelbaren Kremlhimmels zu bleiben. Das so harmonisch wirkende Duumvirat Chruschtschew-Bulganin wird gelegentlich mit dem klassischen Zwillingsspaar Kastor und Pollux verglichen. Doch nur einer der griechischen Helden, Pollux, war unsterblich. Wer ist als Kastor dem Hades bestimmt?

Chruschtschews Ämterkumulation und betriebsame Personalpolitik besagt, daß die Positionen des Machtzentrums noch nicht endgültig abgesteckt sind. So wenig das Mitspracherecht der Roten Armee das parteistaatliche System selbst bedroht, gilt sie seit Berias Sturz als Deus ex machina. Doch die politischen Generäle wollen die Armee keineswegs zum Staat steigern — höchstens zum Staat im Staate.

Die schockartige Aufdeckung des Stalinschen Blutregimes durch Mikojan und vor allem Chruschtschew stempelt zwar so gut wie alle «Schüler Lenins» und langjährigen Mitarbeiter des grusinischen Diktators zu einer Schuldgemeinschaft. Dennoch haben die früheren Stalingegner und heutigen Stalinnachfolger die einsetzende Entstalinisierung im Zeitraffertempo eben jetzt für notwendig erachtet. Das Verdikt gegen den roten Diktator soll lebende Widersacher liquidieren. Auch sucht der neue Kreml nach einem Ausweg aus der politischen und ideologischen Sackgasse, in die er durch Stalins starrsinnige Isolierung geraten ist. Außenpolitisch muß die Feme gegen Stalin das Alibi für die erstrebte «Koexistenz»-Politik mit Westeuropa und dem Westen abgeben. Sonst könnten gerade überraschende Konzessionen an den «westlichen» Westen Mißtrauen wecken.

Zuerst den Geßlerhut in der Entscheidung um die Macht und zur Sicherung der «koexistenziellen» Atempause, erst die «Arbeitereinheit» der «proletarischen Demokratie» (statt Diktatur), dann die ideologische Restaurierung und die Beseitigung der Trümmer aus dem Zusammenbruch des Stalinismus: Das ist Chruschtschews Zeitplan. Wird er damit durchkommen?

STIMMEN DER WELTPRESSE

Per Jacobsson, das weithin bekannte und in Finanz- und Wirtschaftsfragen sowie als Autor ökonomischer Schriften geschätzte Direktionsmitglied der «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich», ist der Verfasser eines interessanten und zeitgemäßen Aufsatzes: *Wie dämpft man den gegenwärtigen Boom?*, im *Vierteljahresbericht der Skandinaviska Banken* (Januar 1956). In der Tat steht für Regierungen und Volkswirtschaften der freien Welt die Frage im Vordergrund der Überlegungen und Entschlüsse, auf welche Weise die herrschende Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung erhalten bleiben kann, oder wie wenigstens eventuelle Schwankungen aufzufangen sind. Jacobsson geht von der verbreiteten Auffassung aus, daß man heute, auf Grund der in den letzten Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen, die Probleme der Hochkonjunktur und der Depressionen mittels aktiver Politik besser als in der Vergangenheit zu meistern wisse; er hält diese Überlegung für zutreffend. In den dreißiger Jahren, der Zeit der Weltwirtschaftskrise also, waren staatliche Interventionen zur Steuerung von Produktion und Beschäftigung noch heftig umstritten. Erst vor dem zweiten Weltkrieg war es der deutschen Regierung geglückt, bei Beseitigung der Arbeitslosigkeit Erfolge zu erzielen. Während sie sich dazu des anfechtbaren

Mittels einer Aufblähung der Staatsausgaben für öffentliche Arbeiten und Rüstung bediente, erreichte Schweden auf anderen Wegen ähnlich durchschlagende Ergebnisse. Es handelt sich jetzt darum, haltbare Schlußfolgerungen aus den gewonnenen Lehren zu ziehen. — In der neuen Situation seit dem Kriege sind es nicht mehr die Probleme der Arbeitslosigkeit und Depression, die Sorge bereiten. Vielmehr erwachsen in der Gegenwart solche Probleme aus der kontinuierlichen Inflation und einer fast zu intensiven Hochkonjunktur. Noch Keynes lehnte eine Anwendung der Diskontpolitik zum Schutze der Zahlungsbilanz wegen der Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit energisch ab. Auch seine Schüler haben es nicht begriffen, daß die Steigerung des Diskontsatzes nicht zur Unterbeschäftigung, sondern eher zu erhöhtem Sparen und zu vermehrten Investitionen führt. Die flexible Geldpolitik ist neuerdings wieder zu Ehren gekommen; sie kann als Interventionsmittel zur Dämpfung intensiver Hochkonjunkturen und Depressionen angesetzt werden. Als für die Produktivität günstiger Faktor kam die schnelle Überwindung des wirtschaftlichen Rückschlages 1953/54 in den USA und die gleichzeitige Beibehaltung einer hohen wirtschaftlichen Aktivität in Europa hinzu; beides wurde durch Maßnahmen der Geldpolitik un-